DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFT 29.01.2026 | Kai Unzicker

Retter in der Not

Schneller, digitaler, effizienter: Große Hoffnungen ruhen auf dem Staat. Doch demokratisches Vertrauen entsteht nicht durch Leistung allein.

Schnellere Verfahren, digitale Verwaltung und weniger Bürokratie – derzeit ruhen große Hoffnungen auf einem handlungsfähigen Staat. Er soll nicht nur konkrete Probleme lösen, sondern – so die dominante Erzählung – zugleich auch das verloren gegangene Vertrauen in die Demokratie zurückbringen. Doch diese Erwartung ist trügerisch. Sie verkennt, dass Effizienz allein kein Garant für politische Legitimation ist. Deshalb lässt sich die Vertrauenskrise der Demokratie auch nicht allein durch effizienteres Regieren beheben.

In nahezu allen etablierten Demokratien ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren des politischen Systems in den vergangenen Jahren gesunken. Auch wenn in Italien, Spanien oder den USA die Stimmung schlechter ist, zeigt sich dieser Trend ebenfalls in Deutschland. Laut einer Umfrage der Körber-Stiftung aus dem Sommer 2025 geben nur noch rund 53 Prozent der Befragten an, der Demokratie zu vertrauen. Gleichzeitig wächst der Eindruck, dass der Staat zentrale Herausforderungen nicht mehr wirksam bewältigen könne und die Demokratie an ihre Grenzen komme. Die Zweifel sind groß, ob es überhaupt noch gelingt, mit demokratischen Entscheidungen konkrete Veränderungen herbeizuführen. Die fehlende Digitalisierung der Verwaltung, marode Brücken, die unpünktliche Bahn oder der große Aufwand, ein Haus oder eine Windkraftanlage zu bauen, sind zu Sinnbildern des Versagens geworden.

Viele Menschen in Europa erleben den Staat als Hindernis und nur selten als Unterstützung.

Viele Menschen erleben den Staat, nicht nur in Deutschland, sondern europaweit als dysfunktional, als Hindernis und nur selten als Unterstützung. Dieses alltägliche Erleben befeuert, verbunden mit dem relativen wirtschaftlichen und politischen Abstieg Europas, eine erfolgreich von Populisten bewirtschaftete Niedergangserzählung. All dies erzeugt Frust, Enttäuschung und mitunter Wut,

die schließlich in der Abkehr von der Demokratie münden. Diese Diagnose ist plausibel. Doch aus ihr folgt nicht zwingend der umgekehrte Zusammenhang: dass bessere staatliche Leistungen automatisch neues Vertrauen schaffen.

Es ist vielmehr zu befürchten, dass selbst deutliche Verbesserungen staatlicher Leistungen weder automatisch noch kurzfristig zu mehr Vertrauen führen. Denn schnell zerstören schlechte Leistungen Vertrauen. Aber um Vertrauen wieder aufzubauen, reichen gute Leistungen allein nicht aus.

Es ist menschlich, schlechten Nachrichten mehr Aufmerksamkeit zu schenken: Wiederholte negative Erfahrungen prägen sich stärker ein als funktionierende Routinen. Wo solche Eindrücke dominieren, entsteht nicht nur individuelle Frustration, sondern kollektiv verfestigte Enttäuschung. Es bilden sich, wie der Soziologe Aladin El-Mafaalani es beschreibt, regelrechte Misstrauensgemeinschaften, in denen staatliches Handeln grundsätzlich skeptisch interpretiert wird.

Hinzu kommt eine Schieflage in der öffentlichen Wahrnehmung. Jede einzelne schlechte Erfahrung taugt als Beleg staatlichen Versagens, während Verbesserungen die Stimmung kaum heben. Insbesondere wenn die Bürger davon kaum etwas erfahren. Selbst wenn ab morgen Bauanträge zügig digital bearbeitet würden und die Züge pünktlicher führen, würde auch dies bald als selbstverständlich gelten.

Forcierte Reformrhetorik kann diese Dynamik sogar verschärfen. Wo die Politik ambitionierte Modernisierungsprogramme ankündigt, steigen die Erwartungen oft schneller, als reale Verbesserungen greifen. Bleiben sichtbare Erfolge aus oder überlagern neue Probleme die Fortschritte, schlägt Hoffnung rasch in Enttäuschung um. Vollmundige Ankündigungen verstärken in diesem Fall Skepsis und Ungeduld. Noch tragischer, aber kaum vermeidbar: Eine Reformankündigung gesteht zugleich die Mängel ein und liefert Wasser auf die Mühlen derer, die dem Niedergang das Wort reden. Reformpolitik allein garantiert somit noch keinen Vertrauensgewinn, sondern birgt zusätzliche Legitimitätsrisiken – etwa wenn große Ankündigungen nicht schnell genug spürbare Verbesserungen bringen. Umso wichtiger ist die politische und kommunikative Rahmung der Reformanstrengungen.

Entschlossenes staatliches Handeln heißt fast immer,

Zudem ist staatliche Handlungsfähigkeit kein neutraler, technischer Zustand, sondern betrifft stets politische Entscheidungen und

widersprüchliche Interessen abzuwägen und Zumutungen zu verteilen.

Zielkonflikte. Zwar wünschen sich viele mehr Leistung vom Staat, aber keineswegs alle dieselbe. Mag Einvernehmen über elementare Kernfunktionen des Staates noch einfach herzustellen sein, wird dies in vielen Politikfeldern schwierig: Wer Migration reguliert, die Verteidigung stärkt, klimaschädliche Heizungen abschafft oder die Gesundheitsversorgung nach Effizienzkriterien neu ordnet, erntet nicht nur Lob für Tatkraft und Entscheidungsfreude. Entschlossenes staatliches Handeln heißt fast immer, widersprüchliche Interessen abzuwägen und Zumutungen zu verteilen. Je pluraler Gesellschaften werden, desto sichtbarer treten diese Konflikte zutage. Handlungsfähigkeit meint deshalb nicht nur administrative Effizienz, sondern auch politische Konflikt- und Entscheidungsfähigkeit.

Die Bewältigung großer politischer Herausforderungen gelingt nur, wenn die Politik anerkennt, dass Menschen unterschiedliche Interessen, Erfahrungen und Wertvorstellungen haben – und wenn sie die daraus resultierenden Konflikte offen bearbeitet. Es geht deshalb nicht allein darum, Entscheidungen zu treffen, sondern diese politisch, medial sowie gesellschaftlich durchzuhalten.

Gerade dort, wo der Staat tatsächlich leistungsfähiger wird, entstehen nämlich häufig neue Konflikte. Beschleunigte Genehmigungsverfahren oder vereinfachte Bauvorschriften mögen gesamtgesellschaftlich sinnvoll sein. Für einige Betroffene bedeuten sie jedoch stärkere Eingriffe, geringere Mitsprache oder den Verlust etablierter Schutzstandards. Viele der heute als übermäßig komplex kritisierten Regeln sind nicht zufällig entstanden, sondern Ausdruck des Versuchs, widerstreitende Interessen auszubalancieren. Mehr Tempo bedeutet daher nicht automatisch mehr Zustimmung, sondern kann neuen Widerstand hervorrufen. Noch augenfälliger wird dies, wenn Handlungsfähigkeit nicht lediglich Effizienzsteigerung, Modernisierung oder Bürokratieabbau heißt, sondern ein aktiveres staatliches Handeln betrifft: Grenzschutz, Wehrdienst oder umfangreiche Infrastrukturprojekte. Hier geht die Handlungsfähigkeit eines *starken Staates* mit Freiheitseinschränkungen für *selbstbestimmte Bürger* einher, die ebenfalls politisches Vertrauenskapital benötigen.

Bei alldem ist unstrittig, dass die verbreitete Skepsis gegenüber dem Staat

mit einem ausgeprägten Reformwunsch einhergeht. Und damit steht Deutschland keineswegs allein: Weltweit sehen die Bürger die Notwendigkeit tiefgreifender Veränderungen, sie trauen der Politik jedoch immer weniger zu, diese verantwortungsvoll umzusetzen. Reformbereitschaft und Politikverdrossenheit schließen sich also nicht aus, sondern verstärken sich gegenseitig.

Entscheidend für Vertrauen ist nicht allein, ob Politik Ergebnisse liefert, sondern ob Bürger das Gefühl haben, auf politische Entscheidungen Einfluss nehmen zu können, ob sie ihre Interessen repräsentiert sehen und die Ziele und Zwecke der handelnden Politiker nachvollziehen können. Wo politische Prozesse intransparent, unzugänglich oder folgenlos erscheinen, wächst das Gefühl demokratischer Ohnmacht. Beteiligung erschöpft sich dann in symbolischen Verfahren, während die tatsächlichen Entscheidungen abgehoben oder alternativlos erscheinen.

Dieser Zustand ließe sich noch ertragen, wenn die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt positiv erschiene und die Zukunft Aussicht auf Verbesserung böte. Verheißt sie jedoch nur noch Krise, Verlust und Niedergang, verliert dieses Arrangement zunehmend seine Akzeptanz. Dann gewinnt der populistische Ruf Resonanz, Politik müsse endlich liefern, „was das Volk will“.

In der Demokratie sollen die Bürger gute Beteiligungsmöglichkeiten haben und zugleich sollen rasch und verlässlich kollektive Entscheidungen hervorgebracht werden.

Gleichzeitig wäre es verkürzt, die Vertrauenskrise allein mit mehr Beteiligung beantworten zu wollen. Demokratische Verfahren müssen nicht nur inklusiv, sondern auch entscheidungsfähig sein. Wo Prozesse sich ziehen, Verantwortlichkeiten verschwimmen oder Kompromisse unverständlich bleiben, wächst erneut Frust. Es bleibt ein unauflösbares Spannungsverhältnis: In der Demokratie sollen die Bürger, gerade auch abseits von Wahlen, gute Beteiligungsmöglichkeiten haben und zugleich sollen rasch und verlässlich kollektive Entscheidungen hervorgebracht werden.

Hier verbinden sich Staats- und Demokratiereform. Handlungsfähigkeit entsteht nicht im luftleeren Raum, sondern braucht Verfahren, die legitimieren, Konflikte strukturieren und Zumutungen verständlich machen. Wo diese Verfahren fehlen oder als unzureichend empfunden werden, untergräbt selbst entschlossenes staatliches Handeln langfristig Vertrauen. Demokratiereform ist damit keine Ergänzung der Staatsmodernisierung, sondern ihre Voraussetzung.

Die aktuelle Vertrauenskrise ist deshalb nicht nur eine Frage staatlicher Leistungsfähigkeit, sondern eine Frage demokratischer Erwartungsbeziehungen. Es geht um das oft unausgesprochene Verhältnis zwischen Bürgern und Politik darüber, was Politik leisten soll – und was Bürger bereit sind mitzutragen. Was es braucht, ist eine gemeinsame Reform von Staat und Demokratie. Ein Staat, der schneller entscheidet, aber politisch nicht erklärt, zumutet und legitimiert, produziert neue Enttäuschungen. Umgekehrt bleibt demokratische Beteiligung wirkungslos, wenn sie an einem überforderten oder blockierten Staat ins Leere läuft. Vertrauen entsteht nur dort, wo staatliche Leistungsfähigkeit und demokratische Einbindung konsequent zusammengedacht werden. Wer Staatsmodernisierung gegen Demokratiereform ausspielt, schwächt beides. Die entscheidende Frage lautet daher nicht allein, wie der Staat effizienter wird, sondern wie demokratische Politik unter Bedingungen zunehmender Pluralität handlungsfähig wird, ohne ihren legitimierenden Kern preiszugeben.



Kai Unzicker
Gütersloh

Dr. Kai Unzicker ist Projektleiter im Programm „Demokratie und Zusammenhalt“ bei der Bertelsmann Stiftung. Vorher war er Forscher am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld. Er hat Soziologie, Psychologie und Philosophie studiert.